

Pressemitteilung

Nr. 03/2026 - Mainz, den 27.01.2026

Antisemitismus wirksam bekämpfen: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP

Mainz. „Der Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen widerspricht unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Angriffe auf jüdisches Leben – ob physisch, verbal oder digital – sind in jeder Hinsicht inakzeptabel. Das Existenzrecht Israels und die historische Verantwortung Deutschlands sind unverrückbare Grundlagen unseres politischen Handelns.“ So steht es im gemeinsamen Antrag der Landtagsfraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, der im kommenden Plenum verabschiedet werden soll.

„Der Terror der Hamas gegen Israel am 7. Oktober sowie der daraus entstandene Krieg und seine Folgen haben den existierenden Antisemitismus in Deutschland und leider auch in Rheinland-Pfalz weiter offengelegt. Dies gefährdet nicht nur unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, sondern unser friedliches Zusammenleben in Gänze“, betonen die Fraktionsvorsitzenden **Sabine Bätzing-Lichtenthäler** (SPD), **Gordon Schnieder** (CDU), **Pia Schellhammer** (GRÜNE) und **Steven Wink** (FDP) anlässlich der heutigen Sondersitzung im Landtag zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. „Deswegen bedarf es auch seitens der Politik des klaren Signals, dass wir geschlossen gegen jede Form des Antisemitismus stehen und uns aktiv gegen Angriffe auf Jüdinnen und Juden stellen. Dass wir Solidarität bieten sowie Strukturen zum Schutz und zur Förderung jüdischen Lebens stärken. Das und mehr bezwecken wir mit unserem Antrag.“

Der Antrag mit dem Titel „Antisemitismus wirksam bekämpfen - Verantwortung übernehmen - Solidarität leben“ fordert unter anderem die Förderung des interreligiösen Dialogs zwischen jüdischen, muslimischen und christlichen Gemeinden in Rheinland-Pfalz, die Stärkung der Antisemitismusforschung und der Wissenschaftskommunikation sowie den Einsatz auf Bundesebene für ein Institut für Antisemitismusforschung unter Partizipation rheinland-pfälzischer Hochschulen. Des Weiteren bekräftigt er die Forderung nach einer raschen und umfassenden Umsetzung des gemeinsamen Entschließungsantrags der Fraktionen aus dem Januar 2024 mit dem Titel „Kein Platz für Israelhass und Antisemitismus an unseren Schulen – Hamas-Terror, Nahostkonflikt und historische Verantwortung Deutschlands im Unterricht thematisieren“.